

# COOPERATION SUISSE

Bureau de Coordination

BAMAHO — B. P. : 2386

Tél. : 22-32-05 - Télégr. COOPERSUISSE

an	HRO	W7	HRO	AI	CL	a/a
Datum	12.12.	19.12.	13.1.	14.1.		
Visa	RSZ	hm	AN	A	A	A
EDA		11.12.80		-9		
Ref.						

t. 311 Mali 22

Bamako, im November 1980

Bericht über die Tätigkeit des DEH-Koordinators in Mali  
Januar - Oktober 1980

I Einleitung

II Informationen zur politischen und wirtschaftlichen  
Situation in Mali

1. Nahrungsmittelhilfe und Preispolitik
2. Probleme im Schulwesen
3. Zentralismus und Bürokratie
4. Malische Beteiligung an Entwicklungsprojekten

III Koordinationsbüro und DEH-Projekte

IV Verhandlungen und Kontakte

V Schlussbemerkungen

## Bericht über die Tätigkeit des DEH-Koordinators in Mali

### I. Einleitung

Ursprünglich war vorgesehen, dass über die Tätigkeit des Koordinators in Mali ein erster Semesterbericht per Ende Juni 1980 erstellt wird. Infolge des grossen Arbeitsprogrammes, das im Rahmen einer Halbtagsstelle nur schwierig zu bewältigen ist, und wegen der besonderen Vorkommnisse im Koordinationsbüro Bamako (Affäre D. Mange) ist es mir nicht möglich gewesen, den Zeitplan für den Semesterbericht einzuhalten. Im Einvernehmen mit Herrn Hafner, dem ich auch an dieser Stelle für sein Verständnis danken möchte, habe ich die Berichtsperiode bis Oktober 1980 ausgedehnt. Auf diese Weise kann ich mich im vorliegenden Bericht auch zu einigen neuen Aktualitäten und Projektideen äussern. Ausserdem stimmt das Ende der Berichtsperiode mit jenem des Arbeitsprogrammes überein, das ich für das Koordinationsbüro für die Monate Mai - Oktober 1980 zusammengestellt hatte.

### II. Informationen zur politischen und wirtschaftlichen Situation Malis

Die zahlreichen schwerwiegenden Probleme, mit denen Mali heute konfrontiert ist, sind z.T. eng miteinander verflochten und bilden sog. Teufelskreise, deren Auflösung die Leistungsfähigkeit des malischen Staates überfordert. Eine genaue, objektive Analyse der komplexen Zusammenhänge ist jedoch - ganz abgesehen vom jeweiligen Standpunkt des Beobachters - angesichts der mangelhaften Statistiken und infolge der restriktiven, oft einseitigen Informationspolitik der malischen Regierung sehr schwierig. Damit man einen einigermaßen adäquaten Ueberblick über die gegenwärtige Situation erhält, ist man auf Rapporte über einzelne Projekte und Wirtschaftszweige, auf Artikel in der ausländischen Presse sowie auf persönliche Feststellungen, private Informationen und Hinweise in Gesprächen usw. angewiesen (vgl. dazu die Liste der Kontaktpersonen im Abschnitt IV "Verhandlungen und Kontakte"). Nicht zuletzt haben auch die Gerüchte, die in Bamako mit einiger Regelmässigkeit im Umlauf sind, eine gewisse Bedeutung; sie bilden manchmal gleichsam eine Ergänzung der offiziellen Meldungen oder geben zumindest die Stimmung eines Teils der Bevölkerung wieder.

Im folgenden werden einige wichtige Aspekte dargestellt, die für Mali von besonderer Aktualität sind und die entwicklungspolitische Lage kennzeichnen.

#### 1. Nahrungsmitteldefizit und Preispolitik

"Notre objectif national prioritaire étant d'assurer l'autosuffisance alimentaire, des actions seront entreprises en vue de l'intensification des cultures, l'amélioration des rendements, l'augmentation des surfaces cultivées, la conservation et l'amélioration de l'environnement, l'encouragement des producteurs et

l'intensification des investissements." (Auszug aus der Rede des malischen Staatspräsidenten, General Moussa Traoré, vom 22. September 1980, dem 20. Jahrestag der Unabhängigkeit Malis).

Solche programmatischen Erklärungen sowie die Aufzählung einzelner Projekte, die geplant sind oder bereits ausgeführt werden, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Nahrungsmittelsektor in Mali in einer prekären Situation befindet. Von einer Selbstversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln, insbesondere mit Reis, Hirse, Mais und Sorgho, ist man, wenn man die offiziellen statistischen Angaben als Massstab nimmt, noch weit entfernt. So ist von einer FAO/PAM-Delegation in Zusammenarbeit mit der malischen Regierung für die Zeit vom 1. November 1979 bis 31. Oktober 1980 bei einer mutmasslichen Gesamtproduktion (inkl. die noch vorhandenen Notreserven) von total ca. 1'115'000 t ein Déficit céréaliérier von rund 255'000 t errechnet worden. Diese Zahl, die z.T. auf Schätzungen beruht, ist zwar umstritten und wird z.B. von den Vertretern der USAid als zu hoch beurteilt. In den internationalen Aufrufen zur Nahrungsmittelhilfe haben die malische Regierung und das CILSS aber mit besonderem Nachdruck auf dieses enorme Defizit von rund 255'000 t hingewiesen, ein Defizit, das sich im Vergleich zum Vorjahr noch vergrössert hat und nun über 20 % der Gesamtproduktion ausmacht. Als Hauptursache für die stagnierende bzw. rückläufige Nahrungsmittelproduktion werden die ungenügenden Niederschlagsmengen und deren ungünstige Verteilung geltend gemacht. Damit lassen sich aber das chronische Nahrungsmitteldefizit und vor allem dessen Ausmass nur zum Teil erklären. Es scheint, dass die "Sécheresse" für die Regierung zu einem allgemeinen und bequemen Alibi geworden ist, das andere Ursachen verdeckt, die ebenfalls wesentlich zur gegenwärtigen misslichen Lage geführt haben.

Das Nahrungsmitteldefizit, das durch die Bevölkerungszunahme von jährlich rund 2.5 % übrigens noch akzentuiert wird, hängt zweifellos auch mit der Preispolitik der malischen Regierung zusammen. Die Bauern sind im Prinzip verpflichtet, ihr Getreide an OPAM (Office des Produits Agricoles du Mali) abzuliefern. OPAM hat aufgrund der malischen Gesetzgebung das Monopol zur Getreidevermarktung und sollte vor allem den Nachschub und die Verteilung des Getreides in "getreidearmen" Regionen im Norden und in den Städten sicherstellen. In Wirklichkeit beherrscht OPAM (nach eigenen, inoffiziellen Angaben) gegenwärtig aber nur maximal 20 % des malischen Getreidemarktes. Mit dem grössten Teil des Getreides machen private Händler ein lukratives Geschäft. Man nennt diesen - eigentlich verbotenen - Schwarzmarkt "marché parallèle"; die Regierung scheint ihn aber angesichts der beschränkten OPAM-Leistungsfähigkeit mehr oder weniger zu tolerieren. Zwischen OPAM und dem Marché parallèle bestehen jedoch krasse Unterschiede. OPAM hat bisher z.B. für 100 kg Hirse 5'000 FM bezahlt und die gleiche Menge dann für 7'700 FM verkauft, während auf dem Marché parallèle 100 kg Hirse in Bougouni 22'500 FM kosten und der Preis in Bamako je nach Marktsituation sogar bis auf 30'000 FM steigen kann. Es ist klar, dass die Bauern ihr Getreide viel lieber an private Händler verkaufen, von denen sie im Vergleich zu OPAM einen drei- bis viermal höheren Preis erhalten. Auch der Getreideschmuggel ins benachbarte Ausland, wo ebenfalls recht hohe Preise erzielt werden, scheint ziemlich verbreitet zu sein. Man schätzt, dass Mali auf diese Weise pro Jahr mindestens 50'000 t Getreide

"verliert", die hier dringend benötigt würden. In vielen Arrondissements werden die Bauern nun aber gezwungen, ihr Getreide an OPAM abzuliefern. Da die entsprechenden Quoten z.T. etwas willkürlich festgelegt werden, kommt es manchmal vor, dass einzelne Bauern für ihren Eigenbedarf zuwenig Getreide zurückbehalten können und dann auf dem Marché parallèle die fehlende Menge zu den erwähnten hohen Preisen kaufen müssen, wobei sie sich oft verschulden und von den privaten Händlern abhängig werden. Für einen Bauern ist es praktisch unmöglich, von OPAM Getreide zurückzukaufen, da dieses hauptsächlich für die zahlreichen Staatsangestellten und für die Armee sowie für städtische Verkaufsgenossenschaften bestimmt ist, die von den günstigen OPAM-Preisen profitieren.

Es ist offensichtlich, dass eine solche Marktstruktur zu zahlreichen Problemen führt und dass die künstlich tief gehaltenen OPAM-Preise die Bauern sicher nicht zu einer Erhöhung, sondern eher zu einer Verminderung ihrer Getreideproduktion motivieren. Die von der Regierung festgesetzten Preise sind nämlich derart niedrig, dass sie die Produktionskosten kaum mehr zu decken vermögen. Viele Bauern können es sich aus finanziellen Gründen einfach nicht leisten, ihre Anbaumethoden zu verbessern und z.B. den Ochsenzug einzuführen, mit dem die landwirtschaftlichen Erträge erheblich gesteigert werden könnten. Dort, wo technische Mittel wie z.B. Bewässerungsanlagen, Traktoren usw. vorhanden sind, fehlt es oft an den notwendigen finanziellen Mitteln für deren Unterhalt und Reparaturen. Kleinere und grössere Pannen führen hier zu bedeutenden Produktionsausfällen. - Die Regierung wird die offiziellen Produzenten- und Konsumentenpreise wahrscheinlich demnächst ein wenig erhöhen. Da es ihr jedoch nicht möglich ist, gleichzeitig auch das recht tiefe Lohnniveau der staatlichen Funktionäre etwas anzuheben, sind allfälligen Preisänderungen aus politischen Gründen enge Grenzen gesetzt.

In dieser Situation scheint die Nahrungsmittelhilfe die einzige Möglichkeit zu sein, die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide kurzfristig einigermaßen sicherzustellen. Mittel- und langfristig werden dadurch aber die bestehenden Probleme überhaupt nicht gelöst, sondern eher noch verschärft, wie die vergangenen Jahre deutlich gezeigt haben. Die Nahrungsmittelhilfe, von der nur ein verhältnismässig kleiner Teil als eigentliche Katastrophenhilfe bezeichnet werden kann, verstärkt das Beharrungsvermögen der völlig ungeeigneten paradoxen Marktstruktur und lässt lokale Initiativen und überdurchschnittliche Anstrengungen zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion nicht als absolut notwendig und dringlich erscheinen. In diesem Sinne wirkt sich die Nahrungsmittelhilfe gleichsam kontraproduktiv aus. Obwohl sie die Abhängigkeit Malis von den sog. Geberländern noch vergrössert, entlastet sie jedoch das malische Budget und unterstützt gleichzeitig die Stellung der Regierung, die bei einer akuten Verschlechterung der Ernährungslage der Bevölkerung in arge Bedrängnis käme. Die Diskrepanz zwischen den pathetischen Erklärungen und den konkreten Aktionen zur Verbesserung der bedenklichen Situation bleibt indessen bestehen...

Nachdem Mali und das CILSS anfangs 1980 in einem Appell zur internationalen Solidarität aufgerufen und die sog. Geberländer um Nahrungsmittelhilfe ersucht hatten, haben sich die Vertreter

einiger dieser Länder in Bamako im Februar 1980 mehrmals getroffen, um zusammen mit den Repräsentanten von FAO, PAM und FED sowie mit den deutschen OPAM-Experten die Lage zu diskutieren. Bei den vertretenen Geberländern handelte es sich um solche, die Mali bereits in den Vorjahren u.a. mit grösseren Getreidelieferungen direkt unterstützt hatten: USA, Kanada, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich. Als Koordinator der Coopération suisse nahm ich als Beobachter an diesen Konferenzen teil. Bei allen Aussprachen kam das Unbehagen über die bisherige Nahrungsmittelhilfe, deren Verwendung und deren zwiespältige Auswirkungen deutlich zum Ausdruck. Nach eingehender Beurteilung der Situation wurde beschlossen, die Nahrungsmittelhilfe in Zukunft auf das absolut notwendige Minimum zu beschränken und an bestimmte Bedingungen und Modalitäten zu knüpfen. Von der malischen Regierung wird verlangt, dass sie über alle Getreidelieferungen mindestens der vergangenen zwei Jahre einen genauen Bericht erstattet. Ausserdem hat sie nun über jede einzelne Hilfsaktion zuhanden des jeweiligen Geberlandes einen Rapport mit detaillierten Angaben über die Verteilung des Getreides, über die verkauften und die gratis an die Bevölkerung abgegebenen Getreidemengen usw. zu erstellen. Aufgrund der bisherigen, z.T. negativen Erfahrungen soll die Durchführung der verschiedenen Aktivitäten durch besondere Kontrollen überprüft werden. Im weitern haben die Geberländer beschlossen, dass zwischen ihnen, den internationalen Organisationen und der malischen Regierung Besprechungen stattfinden sollen, bei denen über die notwendigen flankierenden Massnahmen zur Verhinderung der negativen Auswirkungen der Nahrungsmittelhilfe sowie über die längerfristige Politik im Nahrungsmittelsektor diskutiert wird. Damit Mali aus der gegenwärtigen Sackgasse herauskommt, drängt sich eine gewisse Liberalisierung des Getreidehandels auf. Die Erzeuger- und Konsumentenpreise sollten sukzessive auf das Preisniveau der Nachbarländer angehoben werden. Dies hätte auf die Getreideproduktion zweifellos einen positiven Effekt und würde u.a. die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung stärken und wahrscheinlich auch dem Staat einige Mehreinnahmen bringen. Allerdings müsste gleichzeitig auch eine angepasste, progressive Erhöhung der Saläre in die Wege geleitet werden. Schliesslich könnten die Funktionen von OPAM dann auf zwei Hauptbereiche beschränkt werden, nämlich auf die Stabilisierung der Preise und die Sicherstellung der Getreideversorgung der Bevölkerung bei Getreideknappheit, wozu ausreichende Getreidevorräte natürlich eine wichtige Voraussetzung wären.

Inzwischen ist der gewünschte Dialog mit der malischen Regierung zustande gekommen. Die einzelnen Geberländer haben in Diskussionen mit dem Finanzministerium u.a. vorgeschlagen, dass bei einer minimalen jährlichen Nahrungsmittelhilfe von 50'000 t lediglich 10'000 t gratis zu verteilen, 40'000 t jedoch zu verkaufen wären. Mit dem Erlös könnten die Konsumentenpreise subventioniert werden. Diese sollten gleichwohl sukzessive, aber - mit Rücksicht auf die vorerst noch sehr limitierte Kaufkraft der Bevölkerung - in kleineren Schritten als die Produzentenpreise erhöht werden. Mit den aus der Nahrungsmittelhilfe stammenden Subventionen würde OPAM vor (weiteren) Defiziten verschont. Nach entsprechenden Berechnungen könnten die verschiedenen Faktoren (Produzenten- und Konsumentenpreise, Preisniveau auf dem Marché parallèle und in den Nachbarländern) innerhalb von fünf Jahren in ein ziemlich ausgeglichenes Verhältnis gebracht werden. Dies würde sich auf die Nahrungsmittelproduktion in Mali sicher positiv auswirken, so dass

schliesslich eine Getreide-Selbstversorgung möglich werden sollte.

Bisher hat die malische Regierung noch keine Beschlüsse bezüglich der vorgeschlagenen Massnahmen gefasst. Es bleibt zu hoffen, dass die Regierung angesichts der prekären Ernährungslage der Bevölkerung endlich entscheidende Schritte unternimmt, die nicht auf einem kurzfristigen Opportunismus, sondern auf einer längerfristigen zielbewussten Politik basieren.

## 2. Probleme im Schulwesen

Die Jugend hat in Mali zahlenmässig ein ganz besonderes Gewicht: Der Anteil der noch nicht Zwanzigjährigen wird auf rund 60 % der Gesamtbevölkerung geschätzt. Von den schulpflichtigen Kindern besuchen jedoch nur etwa 25 % eine Schule. Hauptsächlich aus finanziellen Gründen war es der malischen Regierung bisher nicht möglich, diese niedrige Quote zu erhöhen. Das Schulsystem ist trotz gewisser Reformen und Anpassungen an die malischen Gegebenheiten noch immer stark nach dem französischen Modell ausgerichtet. Dies hat u.a. eine "Ueberproduktion" an Maturanden und Studenten sowie erhebliche Kosten für die höheren Schulen und die zahlreichen Stipendien zur Folge.

Der Staat ist mit seiner grossen Administration und den Sociétés et Entreprises d'Etat in Mali der weitaus wichtigste Arbeitgeber. Für die Absolventen der höheren Schulen gibt es kaum andere Alternativen. Wer keine Staatsstelle erhält, ist meistens arbeitslos. Die Regierung ist sich dieses Dilemmas bewusst; in den vergangenen Jahren hat sie durch eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes immer mehr Arbeitsplätze geschaffen, was jedoch zu einer Aufblähung der Administration und zu einer enormen Budgetbelastung führte. 1980 werden z.B. von den budgetierten Ausgaben von rund 78 Milliarden FM 70 %, d.h. 55 Milliarden FM, allein für die relativ niedrigen Saläre der Staatsangestellten benötigt. Es ist offensichtlich, dass es so nicht weitergehen kann und dass schon aus rein finanziellen Gründen eine stetige Zunahme der staatlichen Arbeitsplätze nicht mehr möglich ist. Die Regierung hat ohnehin Mühe, die Löhne und auch die Stipendien (1980: 8 Milliarden FM!) rechtzeitig auszuzahlen; oft ist sie damit zwei bis drei Monate im Rückstand.

Die Unzufriedenheit der Studenten über die zu kleinen und nicht regelmässig bezahlten Stipendien sowie über die immer grösser werdenden Schwierigkeiten, nach den Examen einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden, führte im November 1979 schliesslich zu einem allgemeinen Schulstreik, nachdem die Regierung zuvor beschlossen hatte, gewisse Zusatzprüfungen einzuführen. Die Behörden reagierten mit Sanktionen und setzten Polizei und Militär gegen die Kundgebungen der streikenden Schüler und Studenten ein. Am 10. Dezember 1979 wurden sämtliche höheren Schulen geschlossen. Im Januar 1980 verbot die Regierung die oppositionelle Union Nationale des Etudiants et Elèves du Mali (UNEEM) und bezeichnete die von der Einheitspartei kontrollierte Union Nationale des Jeunes du Mali (UNJM) als alleinige Vertreterin der malischen Jugend. Im Februar 1980 wurden die Schulen wieder geöffnet, doch es kam vor allem in Bamako und in Ségou bald zu grossen Manifestationen und blutigen

Auseinandersetzungen mit der Polizei und Einheiten der Armee, nachdem zahlreiche Studenten (Mitglieder der nun verbotenen UNEEM) verhaftet worden waren. Die Protestbewegung weitete sich über das ganze Land aus. Im Radio und in der Presse versuchte die Regierung, die Ereignisse zu bagatellisieren, aber in der Bevölkerung machte sich eine zunehmende Unruhe und Verwirrung bemerkbar. Ueber das recht gut funktionierende Informationsnetz der Studenten sickerten zahlreiche Informationen über weitere Verhaftungen an die Oeffentlichkeit. Im März 1980 erreichte die Krise dann ihren Höhepunkt, als bekannt wurde, dass der Generalsekretär der UNEEM, Abdoul Karim Kamara, von den Sicherheitskräften getötet worden ist. In Demonstrationen wurde Staatspräsident Moussa Traoré mit Kaiser Bokassa verglichen. Gerüchte von weiteren Opfern, Folterungen usw. waren im Umlauf. In der ausländischen Presse wurde über die Ereignisse in Mali berichtet. Amnesty International forderte die malische Regierung zur Mässigung auf. Schliesslich vermochte die staatliche Repression der studentischen Revolte die Spitze zu brechen. Zahlreiche Personen, darunter auch etliche Professoren, wurden verhaftet. In einer vom Radio übertragenen Erklärung wies der Justizminister auf einige Artikel des malischen Strafgesetzes hin, in denen für bestimmte Verbrechen die Todesstrafe vorgesehen ist. Etwa 300 Studenten wurden zwangsweise in die Armee eingeteilt und mit Flugzeugen in den Norden Malis transportiert.

In einem Appell zur Versöhnung forderte Staatspräsident Moussa Traoré Ende März 1980 die Schüler, Studenten und Professoren auf, den normalen Schulbetrieb wieder aufzunehmen. Gleichzeitig gab er bekannt, dass alle im Zusammenhang mit den Manifestationen verhafteten Personen freigelassen und die Zwangsrekrutierungen rückgängig gemacht werden. Diese Massnahmen sowie die Ankündigung, dass die ausgebliebenen Stipendien für die vergangenen Monate noch nachbezahlt würden, trugen wesentlich zur Beruhigung der Lage bei. Doch bereits anfangs Juni 1980 begannen die Schüler und Studenten erneut zu streiken, da sie die Stipendien nur zum Teil erhalten hatten. Schliesslich weigerten sich am Ende des Schuljahres fast alle Lehrer, die Examen und Maturitätsprüfungen durchzuführen, weil ihnen die Ueberstunden nach wie vor nicht - wie ursprünglich versprochen - vergütet wurden. Viele Schüler und Studenten müssen die Schlussprüfungen nächstes Jahr nachholen.

Im August 1980 ist im Rahmen einer Regierungsumbildung der bisherige Erziehungsminister Thierno Diarra durch einen Offizier der malischen Armee, nämlich Lieutenant-Colonel Sekou Ly (bisher Innenminister) ersetzt worden. Dieser hat nun anfangs November 1980 verfügt, dass der Unterricht in den höheren Schulen, die seit Beginn des Schuljahres 1980/81 (Oktober) geschlossen blieben, wieder aufgenommen wird. Für die Stipendien sind neue Bestimmungen eingeführt worden. Ausserdem sollen gewisse Reformen im Ausbildungswesen das Studienangebot erweitern bzw. differenzieren. Die sehr umstrittenen Zusatzprüfungen, die vor einem Jahr die Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Regierung ausgelöst hatten, sind wieder aufgehoben worden. - Neben all diesen konstruktiven Massnahmen hat die Regierung jedoch beschlossen, besonders rebellische Studenten definitiv von der Schule wegzuweisen oder zumindest für ein Jahr von der Schule auszuschliessen. Da es sich dabei vor allem um Studenten der Ecole Normale Supérieure und der Ecole Nationale d'Administration in Bamako sowie des

Lycée in Banamba bei Koulikoro handelt, werden diese drei bedeutenden Schulen erst in einem Jahr wieder geöffnet.

Gegenwärtig herrscht eine gespannte Ruhe. Ob die harten Sanktionen der Regierung ihrerseits wieder Gegenreaktionen der Studenten zur Folge haben, ist noch ungewiss. Die Hauptursachen der Unzufriedenheit der Studenten, nämlich die im Vergleich zu den Lebenskosten sehr niedrigen Stipendien und die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche, bestehen nach wie vor. Wenn es der Regierung nicht gelingt, diese Probleme bald einigermaßen in den Griff zu bekommen, ist in Zukunft zweifellos mit weiteren Unruhen zu rechnen.

### 3. Zentralismus und Bürokratie

Mali hat sein zentralistisches Regierungs- und Verwaltungssystem von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich geerbt und in der Zeit von 1960 - 68 (enge Bindung an die Sowjetunion) mit "östlichen Elementen" ergänzt. Unter der Militärregierung von General Moussa Traoré ist dieses System bis heute beibehalten worden. Daran hat sich auch in der Praxis seit der im Jahre 1979 erfolgten Gründung der Einheitspartei und der Wahl des Staatspräsidenten und des Parlamentes durch das Volk kaum etwas geändert. Die Union Démocratique du Peuple Malien (UDPM) verfügt zwar über lokale Parteisektionen, die ein gewisses Mitspracherecht haben, aber die Parteizentrale ist faktisch das dominierende Gremium, das die Politik der Partei bestimmt und die wichtigsten Entscheidungen trifft. Staatspräsident Moussa Traoré, der am 19. Juni 1979 vom Volk mit 99,89 % aller abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt wurde, ist neben seinen Funktionen als Regierungschef und Verteidigungsminister auch noch Generalsekretär der UDPM. Damit ist der Kreis der politischen Macht geschlossen; für eine legale Opposition gibt es praktisch keinen Platz. Doch die Bevölkerung scheint trotz des überwältigenden Wahlergebnisses und mancher offizieller Deklarationen nicht sehr überzeugt hinter dem Präsidenten zu stehen. Im Zusammenhang mit den Studentenunruhen wurden z.B. in Bamako von der UDPM und von den Sociétés et Entreprises d'Etat sog. Marches de soutien organisiert, die als "spontane" Massenkundgebungen dem Präsidenten die Unterstützung seiner Politik durch breiteste Volkskreise hätten vor Augen führen sollen. Die Beteiligung der Bevölkerung war jedoch kläglich, was dann durch pathetische Reden zu kompensieren versucht wurde. Offenbar gibt es einerseits viele Malier, darunter auch zahlreiche Staatsangestellte, die angesichts ihrer schwierigen Lebensbedingungen mit der Regierung unzufrieden sind und den programmatischen Parolen misstrauen. Andererseits ist manchen Staatsbürgern die durch Kumulierung der wichtigsten Ämter entstandene enorme Machtkonzentration in der Person des Staatspräsidenten Moussa Traoré suspekt. Die Demokratisierung des politischen Lebens droht effektiv zu einem Alibi und zu einer reinen Fassade zu werden. Die UDPM ist jedenfalls weit davon entfernt, eine Volksbewegung zu sein, in der ein besonderes Engagement für die staatlichen Belange zu spüren wäre. Selbst Präsident Traoré hat dies in seiner Rede anlässlich des 20. Jahrestages der Unabhängigkeit Malis (22. September 1980) zum Ausdruck gebracht, indem er erklärte: "Le Parti s'est heurté à la morosité, à l'indifférence et à l'apathie des militants et l'on est aujourd'hui conduit à faire un constat d'échec."

Das zentralistische System mit seiner Konzentration der Entscheidungsgewalt an der Staatsspitze steht in erheblichem Gegensatz zur angestrebten Politik der Entwicklung an der Basis (vgl. dazu meinen Rapport über die Projektkoordination in der südlichen Region Malis, Juni 1979, S. 15 ff.). Bezüglich dieser Politik hat sich Präsident Moussa Traoré in seiner Rede vom 22. September 1980 wie folgt geäußert: "La nouvelle politique coopérative, fondée sur le 'ton' villageois, qui sera l'unité économique de base dans le processus de développement, devra permettre le transfert des responsabilités du développement au milieu rural, grâce à une participation accrue et responsable des populations rurales à l'élaboration et à la mise en oeuvre des projets." Einschränkend hat Präsident Traoré dann aber beigefügt: "La justesse évidente à long terme de cette option ne doit cependant pas masquer l'ampleur des problèmes à résoudre pour atteindre cet objectif de développement auto-induit, organisé et géré par les populations rurales elles-mêmes." Welche konkreten Massnahmen die Regierung nun zu ergreifen gedenkt, um eine echte demokratische Selbstbestimmung und Selbstverwaltung auf Dorfebene zu ermöglichen, ist jedoch nach wie vor eine offene Frage.

Die einzelne Dorfgemeinschaft ("ton" villageois) kann für ihre eigene Entwicklung nicht einfach verantwortlich gemacht werden, ohne dass ihr gleichzeitig ein genügend grosser Entscheidungsraum und die notwendige Aktionsfreiheit gewährt werden. Dies setzt jedoch voraus, dass die umfassende zentrale Entscheidungskompetenz der Regierung limitiert wird und dass man die allgemeine Zuständigkeit der staatlichen Verwaltung reduziert. Zwar bestehen in Mali bereits heute trotz des relativ dichten administrativen Netzes gewisse Lücken, in deren Bereich sich lokale Initiativen entfalten können. Allzu oft werden aber Ansätze dörflicher Selbstbestimmung durch die staatliche Bürokratie abgeblockt, deren mangelnde Effizienz und Flexibilität erhebliche entwicklungs-hemmende Auswirkungen haben. Nicht selten sind es auch Funktionäre, welchen sich guten Ideen und Vorschlägen entgegenstemmen, weil sie ihr Prestige gefährdet sehen oder weil sie überhaupt nicht interessiert und motiviert sind. Das Verhältnis zwischen der staatlichen Administration und der Landbevölkerung ist in manchen Gebieten ziemlich gespannt. Die kostspielige Bürokratie, für die der Grossteil der Steuern aufgewendet werden muss, die z.T. völlig ungenügenden staatlichen Dienstleistungen sowie Korruptionsaffären usw. haben viele Bauern gegenüber dem Staat sehr misstrauisch gemacht. Es wird schwierig sein, die Bürokratie mit ihrem eigenen Beharrungsvermögen zugunsten der lokalen Selbstverwaltung abzubauen. Ausserdem besteht die Gefahr, dass die Regierung im Rahmen ihrer Politik der Entwicklung an der Basis eine Verstärkung der genossenschaftlichen Strukturen "von oben herab" verordnet und versuchen wird, über den "ton" villageois für die Partei Propaganda zu machen und Einfluss zu gewinnen. Dadurch würde aber das vorhandene Misstrauen noch vergrössert, und der Erfolg der Dorfentwicklungspolitik wäre von Anfang an in Frage gestellt.

Auch in städtischen Zentren hat die staatliche Verwaltung im allgemeinen keinen guten Ruf. In zahlreichen Büros türmen sich unordentliche Haufen unerledigter Akten. Ein komplizierter Formalismus sowie der z.T. sehr mangelhafte Einsatz der Staatsangestellten verhindern die speditive Abwicklung der Geschäfte. Beamtenbestechung und unerlaubte private Bereicherung gehören zur Tages-

ordnung. "Attentisme, indifférence, calcul, manque du sens de l'Etat, manque d'honnêteté intellectuelle et morale, refus du don de soi, telles sont en effet quelques-unes des attitudes dans lesquelles se réfugient la plupart des cadres de notre pays." (Auszug aus der Rede von Präsident Moussa Traoré vom 22.9.80). Mit Appellen an das Verantwortungsbewusstsein der Beamten und mit der Aufforderung, dem Staat total und loyal zu dienen, lässt sich die enorme Schwerfälligkeit der malischen Bürokratie aber kaum vermindern. Wahrscheinlich müssten für fast alle Bereiche der Verwaltung z.T. tiefgreifende Reformen ausgearbeitet werden, doch deren Verwirklichung hängt dann im wesentlichen wieder von der Verwaltung ab: ein Teufelskreis!

#### 4. Malische Beteiligung an Entwicklungsprojekten

Die wirtschaftliche Lage Malis ist trotz der in verschiedenen Gebieten relativ grossen ausländischen Unterstützung alarmierend. Für 1980 wird bei einem Budget von knapp 78 Milliarden FM mit einem Defizit von rund 6 Milliarden FM gerechnet. Ueber 80 % der Ausgaben müssen für die Saläre der Staatsangestellten und für Stipendien aufgewendet werden. Die z.T. katastrophale finanzielle Situation der Sociétés et Entreprises d'Etat, die in der wirtschaftlichen Struktur Malis einen wichtigen Platz einnehmen, stellt für den Staat eine erhebliche Belastung dar. Obschon bisher etliche Reformversuche durchgeführt wurden, ist es in diesem Sektor bis jetzt nicht möglich gewesen, die zahlreichen Missstände zu beseitigen. Auch die sog. Opérations de développement sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit grossen finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert.

Die Ursachen für all diese Probleme sind vielfältig. Zweifellos haben sich die ausserordentliche Erhöhung der Preise für Ersatzteile, Treibstoff, Elektrizität usw. sowie die anhaltende Trockenheit sehr negativ auf die malische Wirtschaft ausgewirkt. Es gibt aber auch manche interne Faktoren, welche die gegenwärtige Krise mitverursacht haben. Dabei spielen die im Zusammenhang mit der malischen Bürokratie bereits erwähnten negativen Aspekte eine bedeutende Rolle (mangelnde Effizienz, Formalismus, fragwürdige Arbeitsauffassung der Angestellten, Korruption usw.). Ausserdem haben auch die schlechte Betriebsführung der Sociétés et Entreprises d'Etat und einiger Opérations de développement, die mangelhafte buchhalterische Transparenz sowie die ungenügende Ausbildung des administrativen und technischen Personals wesentlich zur prekären wirtschaftlichen Situation des Landes beigetragen. Um sich einigermaßen über Wasser zu halten, musste sich der malische Staat im Ausland bisher mit über 30 Milliarden Francs français verschulden. Dieses Jahr ist die Regierung aber nicht einmal in der Lage, dringend notwendige Investitionen z.B. für die Sanierung von Staatsbetrieben vorzunehmen. Viele potentielle private Investoren sehen in der malischen Wirtschaftspolitik keine Zukunft und sind deshalb nicht bereit, mit langfristigen Kapitalanlagen grosse Verluste zu riskieren.

Angesichts der enormen Schwierigkeiten, in denen sich Mali befindet, kommt der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und Finanzhilfe in diesem Land grosse Bedeutung zu. In den vergangenen

Jahren, insbesondere seit der katastrophalen Sécheresse 1972 - 74, sind auf multilateraler, bilateraler und privater Basis zahlreiche Entwicklungsprojekte begonnen worden. Es ist nicht leicht, einen Ueberblick über all die von den verschiedensten Partnerländern und -organisationen finanzierten Projekte in ganz Mali zu erhalten. Auch die Regierung scheint bei der Planung und Koordination der mannigfaltigen Entwicklungsaktionen etliche Probleme zu haben; jedenfalls ist die interministerielle Zusammenarbeit noch nicht sehr weit fortgeschritten. Die einzelnen Ministerien sind z.B. manchmal allzu schnell bereit, bezüglich einer finanziellen Beteiligung Malis an bestimmten Projekten Verpflichtungen einzugehen, die in der Planung des Finanzministeriums überhaupt nicht vorgesehen sind und deshalb dann meistens nicht eingehalten werden können. In vielen Projektverträgen sind solche Eigenleistungen der malischen Regierung statuiert worden. Dabei handelt es sich häufig um eine im Laufe der Projektdurchführung sukzessiv ansteigende Beteiligung an der Finanzierung der Betriebskosten (vgl. z.B. Wasserbohrprojekt DEH/Helvetas). Wenn nun die Regierung diesen Verpflichtungen wegen mangelhafter Planung oder einfach infolge ihrer schwerwiegenden finanziellen Probleme nicht nachkommen kann, so werden die Fortsetzung der betreffenden Projekte und vor allem deren selbständige Weiterführung durch den malischen Projektpartner in Frage gestellt. Solche Situationen haben sich in letzter Zeit des öfters ergeben, und es scheint, dass die grosse Zahl von Projekten bzw. die damit verbundenen Verpflichtungen der Regierung den malischen Staat eindeutig überfordern. Dies müsste bei allen neuen Projektverträgen und auch bereits bei der Projektplanung unbedingt berücksichtigt werden. Es hat keinen Wert, im Hinblick auf die malischen Eigenleistungen optimistische Verträge zu unterzeichnen, die den sehr limitierten finanziellen Möglichkeiten der Regierung keine Rechnung tragen, denn mit solchen Vereinbarungen geraten die Vertragspartner nach einiger Zeit meistens in eine Sackgasse, aus der sie - wenn überhaupt - nur mühsam mit unangenehmen Verhandlungen und allfälligen Aenderungen der Projektkonzeption wieder herauskommen.

Ein zwar anders gelagertes, im Endeffekt aber ähnliches Problem besteht in manchen Projekten in bezug auf die personelle Mitbeteiligung des malischen Projektpartners. Ausländische Experten, die mit der Ausführung eines Projektes beauftragt sind, haben gewöhnlich einen oder mehrere sog. Homologen. Diese meist jungen malischen Mitarbeiter verfügen normalerweise über eine ausreichende Grundausbildung; es fehlt ihnen aber die notwendige praktische Erfahrung, die sie sich in der Zusammenarbeit mit den Experten allmählich aneignen können, damit sie dann später in der Lage sind, das Projekt selbständig fortzusetzen. Da es jedoch in Mali je nach Fachgebiet nur eine ungenügende Anzahl solcher Homologen gibt, können die entsprechenden Vertragsbestimmungen bezüglich des malischen Personals oft nicht eingehalten werden. Unter diesen Umständen ist die Zukunft der betreffenden Projekte ebenfalls gefährdet. - Die malische Regierung bemüht sich zwar, die Kaderausbildung zu fördern. Dabei handelt es sich aber um einen langfristigen Prozess, und es wird wohl noch etliche Jahre dauern, bis ~~sich~~ die Abhängigkeit von ausländischen Spezialisten (in gewissem Sinn eine "neokoloniale Expertokratie") wesentlich kleiner wird. Diese Entwicklung wird übrigens durch folgende Fakten erheblich gebremst: In Mali sind die Chancen, sich in einer Staatsstelle auf legalem Weg ein gutes Einkommen zu verschaffen, sehr gering; die

malischen Saläre können mit jenen der ausländischen Experten überhaupt nicht verglichen werden. Ausserdem hängt ein allfälliger beruflicher Aufstieg stark von persönlichen Beziehungen ab. In einem solchen "System" verlieren viele Leute auch in Kaderpositionen jegliche Motivation, sich für ihre Arbeit voll einzusetzen. Manche gutausgebildeten Malier, die in ihrem Land dringend benötigt würden, ziehen es vor, im Ausland tätig zu sein, wo sie viel besser bezahlt werden. Diese Abwanderung, die nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus politischen Gründen erfolgt, scheint laufend zuzunehmen.

### III. Koordinationsbüro und DEH-Projekte

Im Hinblick auf die Projektbesuche von Othmar Hafner und Jean Laurent Ende 1979 und von Helen Attinger im März 1980 und angesichts der verschiedenen Informationen und Berichte, die ich in den vergangenen Monaten nach Bern gesandt habe, beschränken sich die folgenden Ausführungen bezüglich mancher Projekte auf eine kurze Beschreibung der wichtigsten Angelegenheiten und Probleme. Die Reihenfolge der einzelnen Projekte und Aktionen ist die gleiche wie im Arbeitsprogramm des Koordinationsbüros für die Monate Mai bis Oktober 1980 und entspricht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch der Zusammenstellung im Programme pluriannuel de la Coopération Mali - Suisse 1980 - 83.

#### 1. Koordinationsbüro

Seit der Eröffnung des Koordinationsbüros habe ich die Kontakte, die ich bereits als Helvetas-Teamleiter zu verschiedenen Ministerien, staatlichen und privaten Organisationen und Einzelpersonen hatte, noch erweitert. Heute bestehen zwischen dem Koordinationsbüro und den malischen Behörden in allen für uns wichtigen Bereichen gute Beziehungen. Mit zahlreichen Personen pflege ich einen regen Informationsaustausch (vgl. Abschnitt IV "Verhandlungen und Kontakte"). Dies scheint mir in einem Land wie Mali, in dem Radio und Presse vom Staat kontrolliert werden, unerlässlich zu sein, wenn man über die Aktualität und die oft komplexen Zusammenhänge einigermaßen Bescheid wissen will. - Leider herrscht zwischen dem Koordinationsbüro und der schweizerischen Konsularagentur in Bamako gleichsam Funkstille. R.-G. Progin scheint seine Einstellung, die der DEH bekannt ist, nicht geändert zu haben.

In der Einleitung zu diesem Bericht habe ich darauf hingewiesen, dass es für mich sehr schwierig ist, die vielfältigen Koordinationsaufgaben im Rahmen einer Halbtagsstelle zu bewältigen. Diese Halbtagsstelle hat sich in Wirklichkeit zu einem "Halbnachtjob" ausgedehnt. Leider ist es der DEH bisher nicht möglich gewesen, nach der Abreise von Danièle Mange (8.8.80) eine neue Sekretärin nach Bamako zu entsenden. (Die Vorkommnisse, die zum Ausscheiden von Danièle Mange führten, sind in speziellen Rapporten bereits ausführlich behandelt worden). Angesichts meiner Doppelfunktion (DEH-Koordinator und Helvetas-Teamleiter) hätte sich, auch im Sinne von Art. 4 der Vereinbarung zwischen Helvetas und der DEH

vom 28.12.79, eine sofortige Regelung der Nachfolge von Danièle Mange aufgedrängt. Immerhin konnte wenigstens während zwei Monaten (25.8. - 24.10.80) eine Zwischenlösung gefunden werden, indem Luc Beyeler in dieser Zeit alle organisatorischen und administrativen Arbeiten im Koordinationsbüro erledigte. Seither ist dieser Posten aber wieder vakant...

## 2. Projet forage Mali-Sud (Regieprojekt Helvetas)

Vgl. Helvetas-Rapport Nr. 8/9/10 vom 6.9.80 (Januar - August 1980) von T. Bürge. - Gegenwärtig bin ich damit beschäftigt, einen Vertragsentwurf für die dritte Projektphase (1981 - 83) auszuarbeiten. Die bilateralen Vertragsverhandlungen sollten in den ersten Monaten des Jahres 1981 stattfinden, damit der neue Vertrag dann rechtzeitig, d.h. vor dem 1. Juli 1981 unterschrieben werden kann.

Im August 1980 ist Minister Lamine Keita aus der Regierung ausgeschieden. Zum neuen Ministre du Développement Industriel et du Tourisme ist Robert Tiébilé N'Daw, bisher Planungsminister, ernannt worden.

## 3. Projet santé Mali-Sud

Vgl. Reisebericht von Helen Attinger vom 31.3.80. Den IUED-Rapport über die im März 1980 durchgeführte Evaluations- und Abklärungsmission habe ich nicht erhalten. - Anfangs Juli und Ende Oktober 1980 hatte ich auf Dienstreisen Gelegenheit, die Einrichtungen des Gesundheitsprojektes in den Cercles Bougouni und Yanfolila zu besichtigen und mit den lokalen Vertretern des Gesundheitsministeriums über verschiedene Probleme zu diskutieren. Die Zusammenarbeit zwischen dem Projet santé und dem Projet forage hat sich dank der fachlichen Kompetenz und des persönlichen Einsatzes von Ibrahima Traoré, dem im Rahmen des Projet forage tätigen Technicien sanitaire, recht gut entwickelt. Ausserdem hat die bisherige Arbeit der drei Techniciens du développement communautaire vor allem in Yanfolila und Kolondiéba zu einigen interessanten Ansätzen für Dorfentwicklungsaktionen geführt, die auch den längerfristigen Zielsetzungen des Wasser- und des Gesundheitsprojektes entsprechen. Hingegen scheint die Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsdienst und dem Genossenschaftswesen noch nicht optimal zu funktionieren; der Medikamentenverkauf in den FGR-Läden gibt bezüglich der Verwendung der Rabatte immer wieder zu Diskussionen Anlass. Gemäss den Auskünften, die ich vom Arzt in Yanfolila, Dr. Daba Sogodogo, erhalten habe, sind den Matrones rurales in seinem Cercle von den FGR noch nie irgendwelche Entschädigungen ausbezahlt worden. Die Medikamentenrabatte werden offenbar zur Finanzierung der Genossenschaftsläden gebraucht. Im weitern hat Dr. Sogodogo darauf hingewiesen, dass die Trousses der Matrones rurales nach wie vor leer sind; das benötigte Arbeitsmaterial ist von der Direction Nationale de la Santé immer noch nicht geliefert worden. Probleme bestehen auch im Zusammenhang mit dem Unterhalt der Projektfahrzeuge der Aerzte in Bougouni, Yanfolila und Kolondiéba. Die drei Autos sind in einem miserablen Zustand. Gemäss Dr. Diallo, Directeur Général de la Santé, sollten die Unterhalts- und Betriebskosten für die

Fahrzeuge der drei Aerzte zum grossen Teil mit den Einnahmen der drei Spitäler bezahlt werden können. In Yanfolila fliessen diese Einnahmen jedoch direkt in die Kasse der lokalen Parteisektion...!

Vor kurzem habe ich mit Dr. Diallo all diese Missstände ausführlich besprochen. Er hat sich sofort dazu entschlossen, sich persönlich für deren rasche Beseitigung einzusetzen. Dr. Diallo wird mich demnächst über die Resultate seiner Interventionen informieren. - Bezüglich der noch nicht bereinigten Abrechnung für das erste Aktionsjahr des Gesundheitsprojektes habe ich der DEH die Stellungnahme von Dr. Diallo übermittelt (vgl. meinen Brief t. 311 Mali 17 vom 19.11.80). Der Projektvertrag zwischen der Schweiz und Mali ist vor einiger Zeit um ein Jahr verlängert worden. Für die daran anschliessende zweite Phase des Projektes hat die malische Gesundheitsdirektion der DEH am 26. Juli 1980 einen Aktionsplan unterbreitet, der jedoch vollständig überarbeitet werden muss.

Noch zwei Hinweise: In Yanfolila und Kolondiéba sind die Spitalbauten beendet worden. Das chirurgische Material von IAMANEH ist z.T. bereits in Yanfolila eingetroffen. Die offizielle Eröffnung der beiden Spitäler wird demnächst stattfinden. - Das von der DEH finanzierte Material für die Masern-Impfkampagne steht dem Gesundheitsdienst zur Verfügung. Die Impfkampagne hat begonnen. Nach deren Abschluss wird die DEH einen detaillierten Rapport erhalten.

#### 4. Projet magasins coopératifs de stockage et de vente

In Koumantou, Sanso und Faraguaran besichtigte ich anfangs Juli 1980 anlässlich einer Dienstreise die bereits fertigerstellten Genossenschaftsgebäude. Wie schon im Rapport der Direction Nationale de la Coopération, den ich der DEH am 8.5.80 nach Bern gesandt habe, erwähnt wurde, hatten sich bei der Durchführung des Projektes ziemlich grosse Verzögerungen ergeben, weshalb der Projektvertrag - bei gleichbleibendem Budget - nun um ein Jahr verlängert worden ist. Da die Abrechnung über die erste Finanzierungstranche unvollständig war und das Budget prévisionnel nicht rechtzeitig vorgelegt wurde, konnte die zweite Tranche nicht sofort ausbezahlt werden, was zu einer weiteren Projektverzögerung geführt hat.

Dass die Magasins de stockage infolge der zu niedrigen OPAM-Ankaufpreise bei der Bevölkerung nicht sehr beliebt sind, ist verständlich (vgl. dazu Abschnitt II.1 "Nahrungsmitteldefizit und Preispolitik"). Im Laufe der nächsten Jahre sollte sich dies aber ändern, wenn die Regierung bereit ist, die Produzentenpreise sukzessive zu erhöhen. - Zwischen den FGR-Genossenschaften und dem Projet forage wird übrigens eine Zusammenarbeit angestrebt, indem vorerst versuchsweise in einigen Magasins Ersatzteile für die Wasserpumpen (Typ Vergnet) verkauft werden. Auf diese Weise könnte die Organisation des Pumpenunterhalts vermehrt dezentralisiert werden.

5. Projet construction de puits (Caritas-Projekt, Bandiagara)

Anfangs Juni 1980 hatte ich in Bamako Gelegenheit, mit Yves Audeoud, Aktionsleiter Caritas Luzern, über die verschiedenen Aspekte des Projektes in Bandiagara zu diskutieren. Im September 1980 war ich selbst in Bandiagara und habe mich u.a. mit dem Projektleiter, P. Joseph Deschamps, eingehend über die aktuellen Probleme der einzelnen Projektsektoren unterhalten. Im ganzen gesehen, scheint mir das Projekt Bandiagara sehr sinnvoll zu sein. Mit relativ einfachen technischen Mitteln wird gute Basisarbeit geleistet. Die Bevölkerung beteiligt sich aktiv an der Ausführung des Projektes, insbesondere auch im Bereich des Brunnen- und Dammbaus. Die Resultate, die bisher mit dem ziemlich kleinen Bohrgerät erzielt wurden, sind zufriedenstellend. Ein wichtiges Problem besteht darin, dass das ganze Projekt bis jetzt zu stark von der Person des Projektleiters abhängig gewesen ist. P.J. Deschamps ist sich dessen bewusst und versucht nun, die Kompetenzen und die Verantwortung für die weitere Planung und Durchführung des Projektes sukzessive einem lokalen Projektkomitee zu übergeben.

6. Projet d'animation rurale "6 S"

Mit diesem Projekt habe ich bisher keinen Kontakt gehabt.

7. Promotion de cultures fourragères et améliorantes (CILSS/FAO, Ségou)

Im September 1980 habe ich mit Hans Ineichen, expert associé, einige Versuchsfelder besichtigt, auf denen verschiedene Futterpflanzen getestet werden. Vor kurzem ist das Projekt von Spezialisten evaluiert worden; ich nehme an, dass die DEH von der FAO den betreffenden Rapport erhalten wird. - Da der Arbeitsvertrag von Hans Ineichen im Juni 1981 ausläuft, sollte ein Nachfolger rekrutiert werden, der ab April 1981 der FAO zur Verfügung stehen wird.

8. Lutte contre l'onchocercose (Banque Mondiale/OMS)

Keine Bemerkungen.

9. Etude pour l'établissement d'une usine de traitement de noix de cajou (ONUDI, Sikasso)

Der Directeur Général du Centre d'Etude et de Promotion Industrielle (CEPI) in Bamako hat kürzlich bei einer unverbindlichen Kontaktaufnahme mit dem Koordinationsbüro auf dieses Projekt hingewiesen und sich nach der Einstellung der DEH erkundigt, ohne jedoch eine konkrete Anfrage zu stellen. Ich werde bezüglich dieses Projektes gemäss den Weisungen der DEH (vgl. Brief t. 311 Mali 22 - BSZ/hv vom 28.5.80) weiterhin zurückhaltend sein.

## 10. Projet machinisme agricole (Regieprojekt Helvetas)

Vgl. die Helvetas-Quartalsberichte von Projektleiter Herbert Würsch. - Die Frage, ob der Projektvertrag im Mai 1981 um einige Monate verlängert oder ob ein neuer Projektvertrag ausgearbeitet werden soll, wird gegenwärtig abgeklärt. Ich werde die DEH demnächst über meine Sondierungsgespräche sowie über die Stellungnahme der Division du Machinisme Agricole (Dramane Zerbo) informieren.

## 11. Sécurité alimentaire (FAO/OPAM)

Zur allgemeinen Lage vgl. Abschnitt II.1 "Nahrungsmitteldefizit und Preispolitik". - Wie mir Luc Beyeler mitteilte, konnte die DEH den bereits bewilligten Kredit für die dritte Projektphase nicht an die FAO auszahlen, da die FAO über die bisherigen Beiträge der DEH noch keine Abrechnung präsentiert hat. Dies hat bei OPAM zu etlichen Problemen geführt; man hat z.B. definitiv mit der Finanzierung des bereits vorbereiteten Regionalbuchhalterkurses durch die Schweiz (via FAO) gerechnet, und es hätte nicht verantwortet werden können, diesen Kurs einfach zu annullieren oder noch weiter hinauszuschieben (vgl. dazu meinen Brief t. 311 Mali 18 vom 16.7.80). Der Kurs konnte schliesslich aus andern Mitteln vorfinanziert werden und ist inzwischen erfolgreich durchgeführt worden. Die deutschen Experten, die bei OPAM tätig sind und mit denen ich in engem Kontakt stehe, sind von der FAO ebenfalls enttäuscht und kritisieren vor allem deren schwerfällige Administration. Sie befürworten eine bilaterale Zusammenarbeit, die zweifellos viel flexibler wäre.

Ich weiss nicht, ob die administrativen Probleme zwischen der FAO und der DEH nun gelöst und der vorgesehene Projektkredit an die FAO ausbezahlt werden konnte. Ausserdem ist mir nicht bekannt, ob die im Brief der DEH (t. Mali 311 22 - BSZ/hv) vom 28.5.80 erwähnte Rekrutierung eines aussenstehenden Fachmannes zur Bearbeitung bestimmter Fragen wie Preispolitik, alternative Möglichkeiten usw. inzwischen definitiv beschlossen worden ist.

## 12. Production de semences (FAO, Badougou)

Ich habe das Projekt in Badougou im September 1980 besichtigt und bin von den lokalen Projektverantwortlichen über das Ausbildungskonzept informiert worden. Das ursprünglich vorgesehene Arbeitsprogramm für die Projektdurchführung konnte in zeitlicher Hinsicht nicht eingehalten werden; die Verzögerung beträgt ungefähr ein Jahr. Im September 1980 war das Ausbildungszentrum praktisch fertiggestellt. Der erste Kurs ist Ende Oktober 1980 erteilt worden. - Es ist mir nicht bekannt, ob zwischen der DEH und der FAO die Finanzierung einer weiteren Projektphase vereinbart worden ist.

### 13. Mission d'appui dans le domaine des télécommunications

Ende Oktober 1980 weilten die Herren B. Delaloye (PTT/Radio Suisse SA), E.U. Bolay (Téléconseil SA) und W. Keller (PTT) in Bamako, um mit der malischen Regierung Gespräche über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernmeldewesens zu führen. Die Mission wurde sehr kurzfristig angekündigt. Aus zeitlichen Gründen war es mir unmöglich, an den Verhandlungen teilzunehmen. Vor seiner Abreise hat mir W. Keller dann die verschiedenen Projektvorhaben im Zusammenhang mit der schweizerischen PTT kurz dargelegt. Ueber die Resultate der Abklärungen der Télésuisse SA (Radio Suisse SA/Téléconseil SA) bin ich nicht informiert. W. Keller hat mir einen Rapport über die Besprechungen in Bamako in Aussicht gestellt, den ich aber bis heute nicht erhalten habe.

Im Hinblick auf die Grundsätze in unserm Bundesgesetz über internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe scheinen mir der vorgesehene Aufwand und die geplanten Personaleinsätze ziemlich fragwürdig zu sein. Ausserdem gibt es bereits etliche französische Spezialisten, die als Coopérants im malischen Telefondienst tätig sind. Meines Erachtens drängt sich auch aus diesem Grund eine schweizerische Beteiligung nicht auf.

### 14. Stipendien

Ich habe der DEH vor kurzem das Dokument "Besoins en stage du Ministère de l'Education Nationale pour les années 1981 - 82" gesandt, das eine provisorische Planung und eine Verteilung der Stipendien auf verschiedene Länder sowie die mutmasslichen Finanzierungsquellen enthält. Ich hoffe, dass sich die DEH konkret zu diesem Papier äussern und der malischen Regierung die Art und die Anzahl der von der Schweiz für Mali vorgesehenen Stipendien bekanntgeben wird.

### 15. Projet forestier Mali-Sud

Vgl. die diversen Berichte von Richard Pletscher sowie die laufende Korrespondenz.

### 16. Participation au 4ème projet routier de la Banque Mondiale

Gemäss dem Schreiben von L. Currat (t. 311 Mali 23 - CL/vt, 22.9.80), von dem ich eine Kopie erhalten habe, ist zwischen der IDA und der malischen Regierung noch keine Vereinbarung betr. das 4ème projet routier getroffen worden. In Bamako habe ich in dieser Angelegenheit keine zusätzlichen Informationen erhalten.

### 17. Relance du mouvement coopératif dans le Cercle de Bougouni

Nach wie vor sollte von der Unterstützung eines solchen Projektes, das nun vermutlich auch die Einführung des "ton" villageois zum Ziele hätte, abgesehen werden, bis sich die Situation - auch in politischer Hinsicht - geklärt hat (vgl. Abschnitt II.3 "Zentralismus und Bürokratie").

### 18. Amélioration de l'extraction du beurre de karité en milieu rural

Im Oktober 1980 fand im Koordinationsbüro eine Besprechung mit Mamadou Sidibé und Baba Doucouré von der Section agro-industrie, Centre d'Etude et de Promotion Industrielle (CEPI), statt, bei der das Karité-Projekt eingehend erörtert wurde. Für die Vorbereitung des Projektes wird das CEPI zuerst eine Uebersicht über die gegenwärtig existierenden Pressen zur Verarbeitung der Amandes de karité zusammenstellen. Dann sollen aufgrund praktischer Versuche Rentabilitätsberechnungen durchgeführt werden. Hiefür werden wahrscheinlich einige Modelle verschiedener Karité-Pressen gekauft werden müssen. Bevor mit einem Projekt auf breiter Basis begonnen wird, möchte das CEPI in einer zeitlich und geographisch limitierten Aktion von etwa zwei bis drei Jahren die technischen und sozio-ökonomischen Aspekte näher untersuchen. - Sobald die erwähnte Uebersicht über die Karité-Pressen vorliegt, müssen die weiteren Schritte im Detail geplant und die entsprechenden Vorschläge der DEH unterbreitet werden.

### 19. Centre professionnel Niaréla

Am 23.10. bzw. 13.11.80 ist die Projektvereinbarung für die Vergrösserung des Ausbildungszentrums Niaréla unterzeichnet worden. Die erste Finanzierungstranche sollte noch vor Ende 1980 in Bamako eintreffen. Mit den Bauarbeiten wird anfangs Januar 1981 begonnen werden.

### 20. Lehrerweiterbildungskurse

Vom 14.7. - 2.8.80 führten sieben Mitglieder des Schweizerischen Lehrervereins (SLV) und der Société Pédagogique Romande (SPR) in Koulikoro den dritten Lehrerweiterbildungskurs in Mali durch. Offenbar hat der Kursleiter über diese Aktion keinen Bericht verfasst; ein solcher hätte mich sehr interessiert. Vor wenigen Tagen habe ich nun von der DEH eine Aktennotiz über die Besprechung mit den Herren F. von Bidder (SLV) und A.-G. Leresche (SPR) vom 30.10.80 erhalten. In den Ausführungen über den Kurs in Mali fehlen meines Erachtens verschiedene Aspekte, die ich mit der folgenden Stellungnahme kurz ergänzen möchte.

Soweit ich feststellen konnte, waren auf der malischen Seite die Vorbereitungen für den Kurs in Koulikoro völlig ungenügend. Die Lehrer aus der Schweiz mussten nach ihrer Ankunft in Mali bezüglich

Unterkunft, Verpflegung, Transport, Büromaterial usw. praktisch alles selber organisieren. Statt der vorgesehenen hundert malischen Lehrer besuchten meines Wissens nur rund sechzig den Weiterbildungskurs. Am Schluss des Kurses kam es zu erheblichen Differenzen zwischen der Kursleitung und den Kursteilnehmern, weil die im voraus festgelegte Tagesentschädigung pro Kursteilnehmer offenbar nicht voll ausbezahlt wurde. Der schweizerische Kursleiter hatte jedoch bereits vor Beginn des Kurses den ganzen, für die Tagesentschädigung von hundert Teilnehmern berechneten Betrag von rund 11'000 sFr. dem Syndicat National de l'Education et de la Culture (SNEC) übergeben. Das SNEC, das für die Auszahlung der Tagesentschädigungen verantwortlich war, hat dem schweizerischen Kursleiter wahrscheinlich keine detaillierte Abrechnung vorgelegt...!

Ich bin darüber erstaunt, dass die Vertreter des SLV und der SPR mit keinem Wort die schwierige Situation im malischen Schulwesen erwähnt haben. Am 12.7.80 informierte ich die schweizerische Kursequipe im Koordinationsbüro in Bamako ausführlich über die akuten Probleme im Zusammenhang mit den Schulstreiks, den nicht durchgeführten Examen usw. (vgl. Abschnitt II.2 "Probleme im Schulwesen"). Ich habe damals mit Nachdruck auch darauf hingewiesen, dass die Stellung des SNEC in Mali ausserordentlich umstritten ist und dass der Weiterbildungskurs in Koulikoro, vom SNEC organisiert, in eine ungünstige Zeit fällt. Das SNEC hat nämlich im Laufe der schulpolitischen Auseinandersetzungen als staatlich kontrollierte Lehrgewerkschaft bisher eine sehr fragwürdige Rolle gespielt, indem es von Anfang an die Position der Regierung unterstützte. Zahlreiche Lehrer fühlten sich vom SNEC verraten, insbesondere von seinem Generalsekretär, Mohamed Lamine Diarra. Gleichsam als Gegenorganisation zum SNEC wurde darauf eine Commission syndicale gegründet, die offensichtlich von der grossen Mehrheit der Lehrer anerkannt wird. Jedenfalls wurden die Streikaufrufe der Kommission von praktisch allen Lehrern befolgt. Das SNEC hat dann versucht, durch eine unglaubwürdige Propaganda sein Ansehen zu verbessern. Ausserdem hat es die Commission syndicale der Illegalität bezichtigt. Einige Mitglieder der Kommission sollen tatsächlich verhaftet worden sein. Das Misstrauen der Lehrer gegenüber dem SNEC ist aber keinesfalls kleiner geworden. Die Gegensätze zwischen SNEC und Commission syndicale bestehen weiter, und ein Dialog scheint für absehbare Zeit ausgeschlossen zu sein.

In einer solchen Situation erhält jede Zusammenarbeit mit dem SNEC, auch wenn es sich "nur" um Lehrerweiterbildungskurse handelt, unweigerlich eine politische Komponente, welche, angesichts der z.T. sicher berechtigten Forderungen der Lehrer, die Coopération suisse in ein "schiefes Licht" bringen könnte. Aus diesem Grund erachte ich es als absolut notwendig, die Zusammenarbeit mit dem SNEC vorläufig zu sistieren und 1981 auf die Durchführung eines SNEC-Lehrerweiterbildungskurses zu verzichten, ganz abgesehen davon, dass solche dreiwöchige Kurse ohnehin problematisch sind.

## 21. Entwicklungszusammenarbeit der DEH in einer Sahel-Region Malis

In meinem Brief vom 2.10.80 habe ich die DEH über neue Projektmöglichkeiten im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Direction Nationale de la Coopération informiert. In der 6. und 7. Region Malis (Tombouctou und Gao) ist eine genossenschaftliche Struktur vorhanden, die einigermaßen funktioniert. Im September 1980 habe ich bei meinen Kontakten in Gao und bei der Besichtigung verschiedener kleiner Genossenschaftsprojekte den Eindruck erhalten, dass diese Genossenschaften ihre Entwicklung wesentlich mitbestimmen können und dass ihre Entscheidungen von der Direction Régionale de la Coopération im allgemeinen respektiert werden. Auf diese Weise kann sinnvolle Basisarbeit geleistet werden. Im erwähnten Brief vom 2.10.80 habe ich auf die grossen Regionalprojekte und die Opérations de développement hingewiesen, deren Aktionen oft "von oben herab" geplant und durchgeführt werden. Wenn man der Mitbeteiligung der Bevölkerung jedoch Priorität einräumt, stehen somit für ein allfälliges Engagement der DEH in der 6. und 7. Region genossenschaftliche Projekte im Vordergrund.

Gemäss der Aktennotiz der DEH über die Diskussion mit dem Directeur Général de la Coopération Nationale vom 21.10.80 in Bern wird uns Zakaria Traoré gelegentlich konkrete Projektvorschläge unterbreiten. - Auch der Planungsminister, Ahmed Mohamed Ag Hamani, hat uns anlässlich eines Gesprächs vom 16.10.80 Vorschläge für Projekte in der 6. Region in Aussicht gestellt.

### IV. Verhandlungen und Kontakte

#### 1. Présidence

- Ismaila Kanouté, Directeur de Cabinet de la Présidence
- Guimbala Diakité, Contrôleur d'Etat
- Tidiani Guissé, Conseiller à la Présidence

#### 2. Ministère du Plan

- Minister Robert Tiébilé N'Daw (jetzt Ministre du Développement Industriel et du Tourisme)
- Minister Ahmed Mohamed Ag Hamani

#### 3. Ministère des Affaires Etrangères et de la Coopération Internationale

- Minister Alioune Blondin Beye

#### 4. Ministère de l'Agriculture

- Zakaria Traoré, Directeur Général de la Coopération Nationale
- Zakaria Traoré, Direction Régionale de la Coopération, Gao
- Dramane Zerbo, M. Keita, J. Capdeville (Division Machinisme Agricole)
- M. Coulibaly, Louis Cornier (Opération Production Semences)

#### 5. Ministère du Développement Industriel et du Tourisme

- Ali Dembele, Sitapha Traoré, J.-P. Sasmayoux, Louis Moullard, P.B. Verspieren, Tiédié Koné, Oumar Traoré, Kader Fofana (Direction Nationale de l'Hydraulique et de l'Energie)
- Mamadou Sidibé, Baba Doucouré (Centre d'Etude et de Promotion Industrielle)
- Sékou Sidibé (Energie du Mali)

#### 6. Ministère de l'Elevage et des Eaux et Forêts

- M. Sanogho, Directeur Général des Eaux et Forêts
- Mohamed Ag Hamaty, Directeur Régional des Eaux et Forêts, Sikasso

#### 7. Ministère de la Santé Publique et des Affaires Sociales

- M. Tall, Directeur de Cabinet
- Abdoulaye Diallo, Directeur Général de la Santé Publique
- Sanoussi Konaté, Adjoint du Directeur Général
- Sidy Diallo, Directeur Régional de la Santé Publique, Sikasso
- Baba Sogodogo, Médecin Chef, Yanfolila
- Sidy Konaré, Chef de la Division des Grandes Endémies
- N'Tji Idriss Mariko, Directeur Général des Affaires Sociales (jetzt Ministre des Sports, des Arts et de la Culture)
- Ahmadou Konaté, Chef de la Division Technique (jetzt Directeur Général des Affaires Sociales)
- Kader Fofana, Broulaye Doumbia (Techniciens du développement communautaire)

#### 8. Ministère des Finances et du Commerce

- H.J. von Bieler, Arnold Pfisterer, Sékou Diarra (OPAM)
- Mme Tambadou (Service des Douanes)
- Mme Sanogho, Ousmane Tanapo (Banque de Développement du Mali)

#### 9. Diverse Verhandlungen und Kontakte

- J.-P. Gontard, Annemarie Gay, Blaise Junod, André Rougemont, Michel Carton, Patricia Kirchofer (IUED, Genève)
- Jacques Avisse, Joseph Staubli, Joseph Bonnet (Centre Professionnelle Niaréla)
- Margarita Desponds-Pacheco, Roger Katan, Patrick Zahnd (PNUD)
- M. Levin, James R. Dickey (USAid)
- Bernd Zimmermann, Hans-Hermann Täuber (Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Peter Wittwer, Gerhard Salzmann (GTZ)
- Riccardo Gambini, M. Sabah (FED)

- Shigeo Katsu (Banque Mondiale)
- Hans Ineichen, Daniel Burnat (FAO)
- Michel van Hulsten (Euro Action Acord)
- Pietro Antinori (Coopération italienne)
- Moulaye Diallo (CILSS, Ouagadougou), Beat Jenny (CILSS-Mission)
- Jakob Strässler, Daniel Plomb (Caritas Bandiagara), Yves Audeoud (Caritas Luzern)
- Jacques Bufferne, Alois Blatz (Pères Blancs, Mopti)
- Joseph Deschamps, Jean Eisenbart (Pères Blancs, Bandiagara)
- Rudi Pint, André Lebrou (Pères Blancs, Gao)
- Elisabeth Lannoy (Hôpital San)
- Jacques B. Luder, Martha Bai, Christiane Andréa, Georgette Gobat, Pierre-François Fréhan, Verena Bernhard, Peter Müller (Schweizerischer Lehrerverein/Société Pédagogique Romande)
- Bernard Delaloye (PTT, Radio Suisse SA), Errol U. Bolay (Téléconseil SA), W. Keller (PTT)
- Bernard Buchet (CPTG, Genève)
- Botschafter Yves Berthoud, Dakar
- Roger-Gaston Progin, Honorarkonsul, Bamako
- Ernst Streit, Finanzinspektor DEH
- François Roudit, DEH-Koordinator, Niamey
- Beat Keller, zukünftiger DEH-Koordinationsassistent in Bamako
- Beat Wicki, Roland Stulz (Helvetas)
- Bernard Gardi, Ethnologe
- Arthur K. Vogel, Redaktor Tages-Anzeiger
- Souleymane Cissé, Cinéaste
- Ould Najim, Directeur Général de la Sonatam
- Wilhelm Leu, Hartmut Köchlin, M. Striebel (Ciba-Geigy)
- Robert Laack (Agroprogress)
- Hans Winkler (Preussag, Bohrmaterial)
- Patrick Niquet (Pompes Vergnet)

#### V. Schlussbemerkungen

Ende Januar 1981 werde ich meine Tätigkeit in Mali abschliessen. Obschon ich der DEH meinen Zeitplan bereits im September 1979 bekanntgegeben hatte, konnte bis jetzt leider noch kein Nachfolger für den Posten des Koordinators in Bamako gefunden werden. Im Hinblick auf die bisherige Arbeit, die zahlreichen Kontakte und die verschiedenen pendenten Angelegenheiten wäre es ausserordentlich schade, wenn das Koordinationsbüro für einige Zeit geschlossen werden müsste. Dies würde auf malischer Seite kaum verstanden werden. Deshalb ist auf jeden Fall eine Interimslösung anzustreben. Vielleicht könnte H.R. Schmutz, der im Januar 1981 nach Mali ausreisen wird, neben seiner Arbeit für das Forstprojekt vorübergehend auch noch die Betreuung des Koordinationsbüros übernehmen und die wichtigsten Angelegenheiten erledigen, bis dann voraussichtlich im April 1981 Beat Keller, Koordinationsassistent, in Bamako eintreffen wird. Von der DEH sollte ich rechtzeitig Instruktionen betr. die Uebergabemodalitäten (Unterschriftenregelung usw.) erhalten.

Ich bitte die DEH, eine Kopie des vorliegenden Rapportes Herrn Botschafter Yves Berthoud mit dem Diplomatenkurier nach Dakar zu schicken. Meines Erachtens wäre es angebracht, auch der Geschäftsstelle von Helvetas in Zürich eine Kopie zu senden.

T. FÜRGE